

Bern

Grünes Licht für die Sanierung der Bieler Schule Strandboden

Der Bieler Regierungsstatthalter weist eine Beschwerde des Heimatschutzes zurück.

Der Bieler Regierungsstatthalter hat die Baubewilligung für die umstrittene Sanierung des Gymnasiums Strandboden in Biel erteilt – eine Einsprache des Heimatschutzes wurde abgewiesen. Strittig war die Frage, inwiefern die Gebäude der Schulanlage am Bielersee ein Baudenkmal darstellen, wie Statthalter Werner Könitzer gestern mitteilte. Das Objekt sei aber nur im Anhang des Bauinventars der Stadt Biel aufgeführt und weise keine Bewertung auf.

Der Statthalter kam deshalb zum Schluss, dass keine rechtliche Schutzwirkung für die Gebäude vorhanden ist. Zudem erwähnte die Denkmalpflege des Kantons Bern in ihrem Fachbericht, dass die äussere Gesamterscheinung der Anlage nach Abschluss der Bauarbeiten weitgehend unverändert sein dürfte. Folglich habe er die geplanten Sanierungsarbeiten bewilligen können, schreibt Könitzer. Diese seien in Bezug auf Energieeffizienz, Sicherheit und Schulbetrieb dringend nötig.

Die Schulanlage Strandboden wurde in den Jahren 1975 bis 1982 gebaut und 1998 vom Kanton übernommen. Das Sanierungsprojekt sieht unter anderem vor, die bestehenden Gebäudehüllen zu ersetzen. Als besonders problematisch gilt die Klimatisierung: Im Winter friere man, im Sommer sei es kaum auszuhalten, wurde verschiedentlich betont. Die Baukosten für die Sanierung der vier bestehenden Gebäude und den Erweiterungsneubau belaufen sich voraussichtlich auf 73,5 Millionen Franken.

Grossräte wollen Planungsstopp

Die kantonale Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion (BVE) begrüsst in einer Mitteilung den Entscheid des Statthalters. Das zuständige Amt für Grundstücke und Gebäude hofft nun, das Projekt möglichst rasch realisieren zu können. Weder ein Planungsstopp noch ein teurer Neubau würden dazu beitragen, für Schüler und Lehrer rasch wieder gute

Arbeitsbedingungen zu schaffen. Im bernischen Kantonsparlament, wo verschiedene Vorstösse zu diesem Thema hängig sind, dürfte das Projekt jedoch zu heftigen Debatten führen. «Daran ändert der Entscheid des Statthalters nichts», sagte etwa BDP-Grossrat Heinz Siegenthaler (Rüti b. Büren) auf Anfrage. Siegenthaler hat Ende März eine Motion für einen Planungsstopp eingereicht. Er selbst hält die Sanierung für falsch und möchte, dass für die Schulanlage ein neuer Standort geprüft wird.

Auch GLP-Grossrätin Sabine Kronenberg (Biel) will mit ihrem Vorstoss erreichen, dass das Kantonsparlament eine Debatte über das Gymnasium Strandboden führt. Sie bemängelt auf Anfrage vor allem, dass bisher nicht lösungsorientiert gearbeitet worden sei.

Sanierung teurer als Neubau?

Die bernische Baudirektorin Barbara Egger-Jenzer (SP) hat den Informationsbedarf erkannt, wie sie auf Anfrage sagte. Ihre Direktion will deshalb Anfang Mai alle Betroffenen zu einer «Informationsplattform» einladen. «Man muss das Projekt vielen Grossräten vorstellen, weil sie im November 2007 noch nicht im Parlament sassen, als der Projektkredit bewilligt wurde», sagte die Regierungsrätin.

In Bezug auf die Alternative «Neubau» verwies Egger-Jenzer auf die Vorgabe, welche ihre Direktion einhalten müsse. Demnach darf die Sanierung der Anlage nicht mehr kosten als zwei Drittel des Betrags, der für einen Neubau anfallen würde.

Sollte der Entscheid des Statthalters nicht weitergezogen werden und der Grosse Rat keinen Planungsstopp erlassen, könnten die Bauarbeiten laut BVE Anfang 2013 beginnen. Der Entscheid des Statthalters kann innert einer Frist von 30 Tagen nach der Publikation mittels einer Baubeschwerde angefochten werden. (sda)

Umweltverbände werben für das Energiegesetz

Die Umweltorganisationen werben für zwei Mal Ja und ziehen die Grossratsvorlage dem Volksvorschlag vor.

Der WWF, Pro Natura, Greenpeace und die Schweizerische Vereinigung für Sonnenenergie unterstützen bei der kantonalen Abstimmung vom 15. Mai sowohl das Energiegesetz des Grossen Rats wie auch den bürgerlichen Volksvorschlag. Bei der Stichwahl empfehlen sie aber dezidiert die Vorlage des Parlaments, wie sie gestern vor den Medien erläuterten.

«Wir wollen ein wirksames Energiegesetz mit Energieausweis und gesicherten Förderbeiträgen», sagte Nadine Masshardt, SP-Grossrätin und Co-Präsidentin des WWF im Kanton Bern. Ein Vorteil des revidierten Gesetzes gegenüber dem Volksvorschlag sei etwa, dass der Gebäudeenergieausweis der Kantone (Geak) für obligatorisch erklärt würde. Freiwilligkeit reiche nämlich nicht aus, um die Klimaerwärmung zu stoppen, fügte Masshardt an. Heute werde viel Energie durch schlechte Däm-

mung und ineffiziente Heizsysteme vergeudet. Dank dem Geak werde aber bei Häusern, die vor 1990 gebaut worden seien, schnell deutlich, wo Sanierungsbedarf bestehe.

Die Umweltverbände befürworten auch die Förderabgabe auf Strom, die der Volksvorschlag bekämpft. Dank dieser Abgabe könne der Kanton Hausbesitzer bei Sanierungen wirkungsvoll unterstützen, hielt Jörg Rüetschi, Geschäftsführer WWF Bern, fest. Ein durchschnittlicher Haushalt müsste dadurch zwar mit zusätzlichen Kosten von 17 bis 35 Franken pro Jahr rechnen. Das sei aber keine grosse Zusatzbelastung, betonten die Umweltverbände. Überdies komme das Geld dem lokalen Gewerbe zugute.

Für die Umweltaktivisten ist der Volksvorschlag des Hauseigentümerverbandes und der Wirtschaftsverbände insgesamt unausgewogen. Trotzdem empfehlen sie auch für den Volksvorschlag ein Ja, weil auch er immer noch besser sei als das heute geltende Gesetz. Eigentlich aber hätten die Umweltverbände lieber eine Revision gehabt, die weiter gegangen wäre. (sda)

Kleinstgemeinde Monible steht ohne Gemeinderat da

Die Regierungsrat hat in der führungslosen bernjurassischen Gemeinde einen Verwalter eingesetzt.

Die bernjurassische Mini-Gemeinde Monible mit ihren 40 Einwohnern hat seit dem 1. April keinen Gemeinderat mehr. Alle haben demissioniert oder die Wahl nicht angenommen. Deshalb hat der Regierungsrat nun einen ausserordentlichen Verwalter eingesetzt.

Mit der Aufgabe betraut hat die Kantonsregierung laut einer Medienmitteilung Daniel Schaer, einen früheren Gemeindepräsidenten von Reconville. Er erhält auch die Aufgabe, so rasch wie möglich eine neue Gemeinderatswahl zu organisieren. Der Verwalter bleibt im Amt, bis die neue Exekutive ihre Arbeit aufnimmt.

Der Gemeinderat von Monible besteht reglements-gemäss aus drei Personen. Ein Amtsinhaber trat Ende des letzten Jahres zurück, die beiden anderen demissionierten auf Ende März 2011. Zwar wurden am 15. März an einer ausserordentlichen Gemeindeversammlung zwei Personen zu Gemeinderäten gewählt; in Monible herrscht Amtszwang. Die beiden Nominierten aber lehnten die Übernahme des Amts ab, und der Gemeinderat – als es ihn noch gab – akzeptierte ihr Dispensgesuch als ausreichend begründet.

Monible, westlich von Moutier auf gut 850 Metern gelegen, ist die kleinste bernische Gemeinde und gehört zu den zehn kleinsten Gemeinden der Schweiz. 1850 hatte das Bauerndorf noch 132 Einwohner gezählt, 1900 noch 72 Einwohner. Den Tiefststand erreichte die Gemeinde 1960: Damals sank die Einwohnerzahl auf 27. (sda/lok)

Anzeige



Frühlingsaktion!!
15% Rabatt aufs Menu À Discretion.
nur 37.40 statt 44.-
vom 27.03.-17.04. 2011
jeweils von SO-DO

Könizbergstr. 1 3097
BE/Liebelfeld Tel 031 971 02 24

Hauptstr. 55 4528
SO/Zuchwil Tel 032 685 34 34

Kurz

Kappelen Traktorfahrer bei Kollision ums Leben gekommen

Ein 58-jähriger Traktorfahrer ist gestern Nachmittag in Werdthof (Kappelen) tödlich verunfallt. Wie die Polizei mitteilt, war der Traktor auf der Hauptstrasse aus noch ungeklärten Gründen seitlich mit einem Auto zusammengestossen, worauf er kippte. Der Fahrer erlitt dabei so schwere Verletzungen, dass er noch am Unfallort verstarb. Der Autolenker blieb unverletzt. Die Strasse blieb mehrere Stunden gesperrt. (pkb)

Grossaffoltern Ehemaliges Bauernhaus bei Brand zerstört

Bei einem Brand ist gestern Nachmittag in Ammerzwil in der Gemeinde Grossaffoltern ein ehemaliges Bauernhaus zerstört worden. Die drei Personen, die sich im Haus befanden, konnten sich gemäss Polizeimitteilung selber retten. Zwei von ihnen wurden zur Kontrolle ins Spital gebracht. Ebenso wie ein Feuerwehrmann, der sich leicht verletzt hatte. Die Brandursache ist noch nicht bekannt. (pkb)

Jegenstorf Mitwirkung zum Buskonzept

Die Regionalkonferenz Bern-Mittelland hat aufgrund der laufenden Jegenstorfer Ortsplanungsrevision und der Umnutzung des Baumer-Bourdon-Hänni-Areals in Zusammenarbeit mit der Gemeinde eine Studie zur künftigen ÖV-Erschliessung erarbeitet. Insbesondere wurde die Möglichkeit eines Ortsbusses geprüft, der in Kombination mit dem bestehenden Angebot der regionalen Postauto-Linie 871 (Messen-Jegenstorf) betrieben werden kann. Geplant sind drei Ortsbusäste: Bahnhof-Interdiscount, Bahnhof-Rotonda und Schlaufe Bahnhof-Neuholzweg-Bahnhof. Ab Mitte April liegt das Konzept zur Mitwirkung auf. (sbv)

Niederbipp Noch Haus- und Spezialärzte

Das Spital Niederbipp ist Geschichte. In seinen Räumen bietet seit dieser Woche ein Gesundheitszentrum seine Dienste an. Notfall- und Akutpatienten werden neu in Langenthal behandelt. In Niederbipp bleiben neben den Angeboten von Haus- und Spezialärzten die Langzeitpflege und die Psychiatrie erhalten, heisst es in einer Mitteilung. Die Umnutzung des Spitals bedarf noch gewisser baulicher Veränderungen, die im Herbst abgeschlossen sein sollten. (sda)

Biel Mehr Sozialhilfebezüger

5514 Bielerinnen und Bieler sind 2010 von der Sozialhilfe unterstützt worden. Das sind gemäss einer Mitteilung der Stadt fast 6 Prozent mehr als im Vorjahr. Im laufenden Jahr dürfte die Zahl der Sozialhilfebezüger nochmals deutlich zunehmen. Das revidierte Arbeitslosenversicherungsgesetz führte dazu, dass in Biel per 1. April rund 200 Personen ausgesteuert wurden. 2010 beliefen sich die Nettoausgaben der Sozialhilfe auf 53,3 Millionen Franken. Das entspricht einem Plus von 13,8 Prozent. Zur Begründung hiess es, vor allem die Kosten für die Krankenversicherung und für die Mieten seien stark gestiegen. (sda)

Biel Taubenlochschlucht gesperrt

Aus Sicherheitsgründen bleibt die Taubenlochschlucht in Biel heute geschlossen. Gemäss Mitteilung lässt die Bürgergemeinde in der Schlucht Holz schlagen. Die Baumstämme werden mittels Helikopter aus der Schlucht entfernt. (pd)



Foto: Franziska Scheidegger

Bitte recht freundlich! Die Freiburger Stute Lara posiert beim Schloss Oberdiessbach für die Fotografen. Sie ist einer der gestern vorgestellten «Lebendpreise» des Bernisch-Kantonalen Schwingfests, das am 7. August in Oberdiessbach stattfinden wird. Den Schwingerkönig erwartet ein Sieger-Muni. Ebenfalls zu gewinnen gibt es drei Rinder. (sbv)